

# + + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 23./24.02.2023

Zur 18. Sitzungsperiode des Landtages standen 24 Themen auf der Tagesordnung, zu denen am 23. und 24. Februar debattiert und abgestimmt wurde.

## #Senior\*innen

### Senior\*innenpolitisches Programm – Altenhilfe und Pflege in Sachsen-Anhalt

Mehrgenerationenhäuser, Ehrenamtslotsen, Senioren-Kompetenzteams – das sind einige Schlagworte und Ziele aus dem seniorenpolitischen Programm des Landes. Mit einer Großen Anfrage (Drs.: 8/2071) hat die Fraktion DIE LINKE das Thema auf die Tagesordnung gebracht, da die Antworten der Landesregierung auf die mehr als 80 Fragen nunmehr vorliegen. Die Antworten der Landesregierung waren erschreckend und haben in Gänze Kenntnislosigkeit, Desinteresse sowie Strategielosigkeit der Landesregierung im Bereich Seniorenpolitik aufgezeigt. Es sei jetzt mehr als notwendig, dass wir aus diesen Erkenntnissen Konsequenzen ziehen für das seniorenpolitische Folgeprogramm. Die Landesregierung müsse die Verantwortung der Seniorenpolitik annehmen und dürfe nicht nur auf die Querschnittsaufgabe und die ausführenden Strukturen verweisen, damit wir endlich die nachhaltige Teilhabestrukturen für unsere Senior\*innen ermöglichen können. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE einen Entschließungsantrag ([Drs. 8/2250](#)) dazu eingebracht.

**Monika Hohmann**, seniorenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, kritisierte, dass das 2020 ausgelaufene seniorenpolitische Programm von der Landesregierung nicht evaluiert worden sei. „Ernüchtert stellen wir fest, dass etwa ein Viertel der damals im Programm festgeschriebenen Maßnahmen realisiert wurde - ein Viertel von 25 Maßnahmen!“, sagte sie. Sie musste feststellen, dass so ziemlich in allen Bereichen – Wohnen, Teilhabe, Beratung, Mobilität, Barrierefreiheit usw. – weiterhin massive Defizite bestehen. Diese greift der Entschließungsantrag auf und fordert entsprechende Änderungen.

Angenommen wurde ein Alternativantrag der Koalitionsfraktionen.

## #Integration

### Schutzsuchenden helfen – Integration befördern – Kosten gerecht verteilen

Die Unterbringung Schutzsuchender, Geflüchteter und Asylsuchender stellt eine unabweisbare humanitäre und rechtliche Verpflichtung dar. Diese Feststellung trifft der Antrag der Linksfraktion ([Drs. 8/2251](#)). Der Bund leistet nach unserer Auffassung bisher nicht den nötigen und umfassenden Beitrag zur gerechten Verteilung der Kosten. Mit einer umfassenden Erstattung der Kosten, sowohl für die Erschließung und Nutzung von Unterbringungsmöglichkeiten, als auch für aus Zuwanderung resultierenden Kosten wie Mehrausgaben für Kita- und Schulplätze soll hier Abhilfe geschaffen werden.

Außerdem sollen die Möglichkeiten für eine menschenwürdige, sichere und integrationsfördernde Unterbringung im Land genutzt werden. Dass Menschen über Jahre zwangsweise und gegen ihren Willen in Gemeinschaftsunterkünften leben müssen, während Kapazitätsprobleme bei der Unterbringung neu Ankommender beklagt werden, ist ungerecht. Entscheidend sind die Bedingungen für Integration. Das positive Beispiel von Integrationsförderung und -ermöglichung im Burgendlandkreis unter Landrat Götz Ulrich (CDU) soll zum Standard für das Handeln von Ausländerbehörden gemacht werden und so Integration in den Arbeitsmarkt befördert werden.

Die für Migration und Integration zuständige Sprecherin **Henriette Quade** betonte in ihrer Einbringung: „Die Aufnahme und Unterbringung Geflüchteter und Asylsuchender ist eine humanitäre Verantwortung. Und sie ist eine Pflicht, die sich unmittelbar aus dem Grundgesetz sowie Europa- und Unionsrecht ergibt.“ Und sie verwies darauf, dass während die Geflüchteten gegen unzählige Hürden anzukämpfen haben, die ihnen deutsches Aufenthaltsrecht und Ausländerbehörden in den Weg stellen, die sie von Sprachkursen fernhalten, die sie zwingen, in Gemeinschaftsunterkünften zu leben, die gut für die schnelle Erstaufnahme sind, aber nicht für ein Leben, die ihnen die Arbeitserlaubnis verweigern, die sie, wenn sie krank sind, zum Amt anstatt zum Arzt zwingen, würden sie zum Problem schlechthin, also zur Belastung, zur Überforderung und zu Konkurrenten gemacht. Das sei nicht nur ungerecht. Es sei auch brandgefährlich, weil es Rassismus, Ausgrenzung und Abwehr bestärkt und nicht bekämpft.

Der Antrag wurde in die Ausschüsse für Inneres und Sport sowie Finanzen überwiesen.

## **#Bildung**

### **Bildungsforum zur Krisenbewältigung**

Gute Schulen brauchen mehr und motivierte Pädagog\*innen. Unter diesem Titel hat die Linksfraktion einen Antrag ([Drs. 8/2248](#)), der den überstürzten Schulgipfel des Ministerpräsidenten, als einseitig von der Landesregierung bestimmte Veranstaltung zur Verkündung von bereits feststehenden Maßnahmen war. Damit sei ein verheerendes Signal in die Lehrerschaft gesendet worden.

Mit diesem Gipfel habe die Landesregierung viele Fragen, aber so gut wie keine Lösungen produziert. Sie habe bei den Lehrkräften Empörung und Wut erzeugt. Das Vertrauen in die Landesregierung sei erheblich erschüttert. Der gescheiterte Schulgipfel dürfe nicht das Ende einer Suche nach tragfähigen Lösungen für eine tiefgreifende Schulkrise sein.

**Thomas Lippmann**, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher betonte: „Hinzu kommt der konservative Glaube an die Segnungen des gegliederten Schulsystems, ohne sich z. B. mit dem Scheitern der Sekundarschule auseinanderzusetzen und auch ohne den Willen, inklusive Förderung so zu organisieren, dass alle Kinder und Jugendlichen eine faire Chance im gemeinsamen Unterricht haben.“

Die Bilanz der letzten vier Wahlperioden ist verheerend: Wir haben bundesweit das geringste Unterrichtsangebot, die geringste Anzahl von höheren Schulabschlüssen und dafür die höchste Anzahl von Schülerinnen und Schülern ohne regulären Schulabschluss. Die Schwächung unseres Schulsystems ist die schwerste Hypothek für die individuellen, sozialen und wirtschaftlichen Perspektiven im Land.“

Darüber hinaus fordert DIE LINKE die Landesregierung auf, zwei ihrer zentralen Vorhaben vom 19. Januar zu korrigieren. Das sind zum einen die Einführung der verpflichtenden Vorgriffstunde für alle Lehrkräfte und zum anderen die Kopplung der Besoldungsgruppe A 13 für die Grundschullehrkräfte an die Entstehung von Ganztagsgrundschulen. „Außer einem Haufen Ärger und demotivierten Lehrkräften werden Sie mit fast leeren Händen dastehen. Sie verschlechtern zusätzlich die Wettbewerbsbedingungen für Neueinstellungen. Die Vorgriffstunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist wirklich die blödeste Idee, die Sie haben konnten. Sie werden sich daran die Finger verbrennen“, sagte Thomas Lippmann. Zukunftsweisend sei das alles nicht.

Der Antrag wurde abgelehnt.

## **#Reparaturbonus**

### **Reparaturbonus nach Thüringer Vorbild vom Landtag abgelehnt**

„Anderthalb Jahre hat die Befassung unseres Antrages [Drs. 8/230] ‚Reparieren statt Wegwerfen‘ zum Reparaturbonus nach Thüringer Vorbild gedauert“, sagte die *verbraucherschutzpolitische Sprecherin Kerstin Eisenreich*, „Wer nun meint, dass da sehr intensive sachorientierte Debatten stattfanden, geht leider fehl.“ Die sehr seichte Beschlussempfehlung aus den Ausschussberatungen orientiere allein auf Aufklärung und Information. Das führt allerdings nicht zu direkten Entlastungen und tatsächlichen Anreizen, wie dies ein Reparaturbonus hätte leisten können.

Schließlich habe das Land eine Nachhaltigkeitsstrategie, die auf Ressourcenschonung orientiere. Dazu könnten Reparaturen von Alltagsgegenständen und elektrischen sowie elektronischen Geräten einen wichtigen Beitrag leisten, zumal Reparaturen häufig verhältnismäßig teuer sind und damit eine Neuanschaffung lukrativer erscheint.

In Thüringen und auch in Österreich laufen solche Förderprogramme sehr gut und auch die vielmals vermeintlich überlasteten Handwerker\*innen scheinen doch diese Aufträge zu bewältigen. Damit wird zugleich die regionale Wertschöpfung weiter gestärkt.

Leider hat es Sachsen-Anhalt wieder einmal verpasst, zumindest als zweites Bundesland hier voranzugehen. Während hier der Bonus abgelehnt wird, hat Sachsen ein Programm von 2,5 Millionen Euro für zwei Jahre aufgelegt. Nachhaltigkeit scheint noch immer nicht bei allen angekommen zu sein, auch nicht im Parlament.

**+ + kurz berichtet + + kurz berichtet + + kurz berichtet +**

### **Weiterer Versuch zur Wahl eines Vizepräsidenten der AfD fehlgeschlagen**

Die Fraktion der AfD unternahm erneut einen Anlauf, einen ihrer Abgeordneten zum Vizepräsidenten des Landtages wählen zu lassen. Der vorgeschlagene Jan Scharfenort scheiterte deutlich.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 10. März 2023

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Februar 2023 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de). Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.